

**Verlängerung einer Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter an dem Standort
Blumenstraße 51**

1. Stadtbezirk – Altstadt-Lehel

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 14270

Beschluss des Sozialausschusses vom 14.11.2024 (VB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zum beiliegenden Beschluss

Anlass	<ul style="list-style-type: none">• Erforderliche Maßnahme zur Unterstützung Geflüchteter• Verlängerung einer bestehenden Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter im Stadtbezirk 1
Inhalt	<ul style="list-style-type: none">• Verlängerung einer bestehenden Unterkunft für Geflüchtete zur Unterbringung Geflüchteter in der Blumenstraße 51 im Stadtbezirk 1
Gesamtkosten / Gesamterlöse	-/-
Klimaprüfung	Eine Klimaschutzrelevanz ist gegeben: Nein
Entscheidungs- vorschlag	<ul style="list-style-type: none">• Zustimmung zur Verlängerung der bestehenden Unterkunft für Geflüchtete am Standort Blumenstraße 51 im Stadtbezirk 1
Gesucht werden kann im RIS auch unter	<ul style="list-style-type: none">• dezentrale Unterbringung• Unterkünfte für Geflüchtete• Gemeinschaftsunterkünfte
Ortsangabe	<ul style="list-style-type: none">• 01. Stadtbezirk Altstadt-Lehel, FlstNr. 846/4

Telefon: 0 233-40400

Sozialreferat

Amt für Wohnen und Migration
Fachbereich Steuerung des
Betriebs der dezentralen
Unterkünfte

**Verlängerung einer Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter an dem Standort
Blumenstraße 51**

1. Stadtbezirk – Altstadt-Lehel

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 14270

Beschluss des Sozialausschusses vom 14.11.2024 (VB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Zusammenfassung:

Die Landeshauptstadt München (LHM) steht durch steigende Zugangszahlen von Geflüchteten vor großen Herausforderungen. Sie ist verpflichtet, die Regierung von Oberbayern (ROB) bei der Unterbringung von Geflüchteten zu unterstützen. Im Auftrag der ROB ist die LHM aktuell dazu aufgefordert, mindestens 5.625 zusätzliche Bettplätze für Geflüchtete bereitzustellen. In Erwartung weiterer ukrainischer Rückkehrer*innen aus Privatunterkünften und einem weiteren Zugang an Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Herkunftsländern hat die ROB die Landkreise und Kommunen aufgefordert, 80 % dieser Kapazität als längerfristige Unterkünfte zu schaffen. Die restlichen 20 % können auch durch kurz- und mittelfristige Unterbringungsmöglichkeiten erfüllt werden.

Die Notwendigkeit und Dringlichkeit unter Berücksichtigung der aktuellen Situation und der Unterbringungsbedarfe, zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen sowie bestehende Standorte weiterhin zu nutzen, begründet die nachfolgend vorgestellte Verlängerung der dezentralen kommunalen Unterkunft in der Blumenstraße 51.

Die Vollversammlung des Stadtrats hat am 29.11.2023 (nichtöffentliche Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11269 und öffentliche Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11270) die Fortsetzung der Rahmenfinanzierung ab 2024 hinsichtlich der notwendigen Sachkosten im Amt für Wohnen und Migration aufgrund der Folgen des Angriffskriegs auf die Ukraine beschlossen. Die Vorlage hatte unter anderem insbesondere die Bereitstellung von Mitteln für bis zu 5.625 Bettplätze zum Thema.

1. Aktueller Unterbringungsbedarf

Die Zahl ankommender Geflüchteter bei der ROB ist weiter auf einem hohen Niveau. Es ist mit monatlichen Zuweisungen von insgesamt 300 Personen aus der Ukraine und Asylbegehrenden aus anderen Herkunftsländern zu rechnen.

2. Aktuelle Unterbringungssituation

Derzeit sind die kurz- und mittelfristigen Unterkünfte für Asylbewerber*innen und Menschen aus der Ukraine nahezu voll belegt. Um die geforderten Aufnahmekapazitäten zur Verfügung stellen zu können, sind neben der Schaffung zusätzlicher auch Verlängerungen bestehender Standorte dringend notwendig. Zudem müssen Bettplatzkapazitäten schließender Unterkünfte ersetzt werden.

3. Verlängerung des Standortes Blumenstraße 51

Objekt	Bezirk	Fläche	Kapazität (BPL)	Nutzungsdauer	Zielgruppe
Blumenstraße 51 (Flst.Nr. 864/4, Gem. Sektion I)	1	Grundstücksfläche 746 m ²	bis zu 48	31.12.2032	Geflüchtete

Der Standort Blumenstraße 51 wurde 2016 als dezentrale kommunale Unterkunft für Geflüchtete in Betrieb genommen.

Mit Beschluss des Sozialausschusses vom 14.03.2019 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 13802) wurde der Verlängerung des Standortes Blumenstraße 51 zugestimmt, mittels Strategiebeschlusses der Vollversammlung „Flüchtlingsunterbringung 2022-2026, Betriebsführung von dezentralen Unterkünften“ vom 29.09.2021 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03920) wurde der weiteren Finanzierung und Nutzung des Standortes bis 30.04.2025 zugestimmt.

Um dem weiterhin bestehenden Bedarf nach einer Erstversorgung für Geflüchtete zukünftig nachkommen zu können, ist die Laufzeitverlängerung der dezentralen kommunalen Unterkunft in der Blumenstraße 51 zwingend notwendig. Die Laufzeit soll daher bis zum 31.12.2032 inklusive Optionen verlängert werden.

4. Klimaprüfung

Ist Klimaschutzrelevanz gegeben: Nein

Durch die Verlängerung des Standorts zur Unterbringung Geflüchteter um mindestens acht Jahre wird Energie (Wärmeenergie und Strom) für den Betrieb der Unterkunft benötigt, wodurch THG-Emissionen verursacht werden. Aufgrund der kleinen Gebäudefläche und der geringen Anzahl an Bettplätzen wird das Vorhaben als wenig negativ klimarelevant eingestuft. Eine vertiefte Prüfung ist nicht erforderlich.

Das Ergebnis der Klimaschutzprüfung wurde mit dem RKU vorab auf Arbeitsebene abgestimmt.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses des 1. Stadtbezirks vorgeschrieben (vgl. BA-Satzung, Anlage 1, Katalog Sozialreferat, Nr. 1).

Der Bezirksausschuss des 1. Stadtbezirks stimmt der Verlängerung der dezentralen Unterkunft für Geflüchtete in der Blumenstraße 51 zu.

Abstimmung mit anderen Referaten und Stellen

Die Beschlussvorlage ist mit dem Kommunalreferat, dem Baureferat, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, und dem Referat für Bildung und Sport abgestimmt.

Der Korreferentin, Frau Stadträtin Nitsche, der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Gökmenoğlu, der Stadtkämmerei, der Gleichstellungsstelle für Frauen, dem Migrationsbeirat, dem Kommunalreferat, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Referat für Bildung und Sport, dem Baureferat, dem Sozialreferat/Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität, der Vorsitzenden, den Fraktionssprecher*innen und Kinder- und Jugendbeauftragten des Bezirksausschusses des 1. Stadtbezirkes ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

1. Der Verlängerung des Standortes Blumenstraße 51 (Flst.Nr. 864/4 Gemarkung Sektion 1) im Stadtbezirk 1 als dezentrale kommunale Unterkunft für Geflüchtete wird zugestimmt.
2. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Verena Dietl
3. Bürgermeisterin

Dorothee Schiwy
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das Sozialreferat, Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität
An das Sozialreferat, S-GL-SP
An das Sozialreferat, S-III-L/S-GK
An das Sozialreferat, S-III-L/QC
An das Sozialreferat, S-III-MF
An das Sozialreferat, S-I-AP
An das Sozialreferat, S-II-KJF/A
An das Sozialreferat, S-GL-GPAM
An die Gleichstellungsstelle für Frauen
An das Kommunalreferat
An das Baureferat
An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung
An das IT-Referat
An die Vorsitzende, die Fraktionssprecher*innen und die Kinder- und Jugendbeauftragten des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 1
An das Sozialbürgerhaus Mitte
z. K.

Am.....